

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— RM., vierteljährlich 15.— RM.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Abbestellung: Die Expeditionen Zelle 1.50 RM. von am 1. März 1921. — Adressen: Danzig, Markt 1. — Adressen: Danzig, Markt 1. — Adressen: Danzig, Markt 1.

Nr. 118 | Dienstag, den 24. Mai 1921 | 12. Jahrgang

Für und wider die polnische Räuberpolitik.

Der Kampf gegen die Aufständischen.

Berlin, 23. Mai. Den Morgenblättern zufolge wurde in einem umfassenden Vorstoß von Krappwitz und Kofel aus gestern unter englischer und deutscher Führung von Abteilungen des deutschen Selbstschutzes der Annaberg, der höchste Punkt in Oberschlesien, genommen. Drei Wochen lang war der Annaberg, ein berühmter Wallfahrtsort, von den Polen besetzt und mit Artillerie besetzt worden. Er beherrscht das Land weit hinaus und ist entscheidend für mehrere wichtige Eisenbahnlinien. Die Polen wurden vollkommen geworfen und verloren drei Geschütze. Gleichzeitig wurde im Nordosten des Annaberges der strategische Punkt Großstein genommen. Die Polen verloren hier zwei Maschinenkanonen und sieben schwere Maschinengewehre.

Oppeln, 23. Mai. Auch heute war es nicht möglich, telephonisch oder telegraphisch Nachrichten aus dem von den Insurgenten besetzten Gebiet zu erhalten. Die heftigen Zusammenstöße im Kreise Reichenberg dauern an. Auf Seiten der Aufständischen griff ein Panzerzug in den Kampf ein. Im Kreise Ratibor wurden Angehörige des tschechischen Selbstschutzes auf tschecho-polnatisches Gebiet gedrängt und dort dem Vernehmen nach entwöhnt. Kattowitz und Beuthen sind bis heute noch nicht in den Händen der Aufständischen. Die Lebensmittelnot hat besonders im Landkreise Beuthen erschreckende Formen angenommen.

Frankreichs Mißtrauen gegen den ober-schlesischen Selbstschutz.

Der französische Botschafter in Berlin hat am 19. Mai dem Reichskanzler eine Note übersandt, in der er sich über das angebliche Eintreffen von Freikorps in Oberschlesien beschwert. Die bei Kreuzburg unter dem Befehl von Arnims vereinigten Freikorps sollen mehr als 8000, die Truppe Ratibor, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll mehr als 9000 Mann zählen und über mehrere Geschütze verfügen. Auch die Anwesenheit der Freikorps Hulot und Schmidt wird erwähnt. Die deutsche Regierung möge — ebenso wie die polnische (!) für strenge Schließung der Grenze sorgen. Ferner wird um Wiederaufnahme der unterbrochenen Lebensmittelversorgung Oberschlesiens und um eine Aufforderung an die Reichsbank ersucht, unverzüglich die zur Bezahlung der Arbeiter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu senden.

Der Reichskanzler hat in seiner Antwortnote auf die bereits getroffenen Maßnahmen hingewiesen, um die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet und ihren Ueberschritt ins Abstimmungsgebiet zu verhindern. Dagegen sei der ober-schlesische Selbstschutz aus dem Zusammenschluß der bedrängten Bevölkerung hervorgegangen in einem Gebiet, das der interalliierten Kommission unterstehe, auf das also die deutsche Regierung keinen Einfluß habe. Die faktische Grenzabspernung erfolge wohl von deutscher, aber nicht von polnischer Seite. Wenn die Sendungen der deutschen Regierung nicht in die Hände der ober-schlesischen Empfänger gelangen, so liegt das — wofür die Note eine Reihe von Beispielen anführt — daran, daß die Insurgenten die Transporte abfangen und die interalliierte Kommission diese Gewalttätigkeiten nicht zu verhindern vermag. Zum Schluß spricht die deutsche Note die Hoffnung aus, daß es der interalliierten Kommission gelingen möge, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberschlesien wiederherzustellen.

Paris, 23. Mai. Havas meldet, daß die französische Regierung dem englischen Auswärtigen Amt zwei Noten überreicht habe. In der einen ersucht sie darum, daß der britische Botschafter in Berlin den vom französischen Botschafter bereits unternommenen Schritt unterstützt, um von der deutschen Regierung die Zusicherung zu erhalten, daß sie nicht nur die Sperrung der deutschen Grenze nach Oberschlesien sicherstelle, sondern auch für die Versorgung dieses Gebietes und die Absendung der Gelder zur Löhnung der Arbeiterschaft Sorge. Die andere Note erklärt, daß die deutschen Eingriffe in Oberschlesien nicht sowohl von den in Oberschlesien lebenden Deutschen herrühren, als vielmehr von wohlorganisierten Freikorps, welche in das Gebiet eingedrungen seien.

London, 23. Mai. Wie Reuter erfährt, äußern maßgebende Kreise in London ihr Ersauern über die Forderung der französischen Regierung, daß bei der deutschen Regierung ein neuer Schritt unternommen werde, um den Einmarsch von Freiwildigen nach Schlesien zu verhindern. Der britische Botschafter in Berlin habe sich in dieser Frage schon verschiedene Male mit vollem Erfolge an die deutsche Regierung gewandt. Reuter äußert, daß dann weiter man bei sowohl

in London wie in Paris der Meinung, daß das unermächtigte Eindringen von Freiwildigen in das schlesische Abstimmungsgebiet absolut verhindert werden müsse.

Fortdauer der englisch-französischen Spannung.

London, 23. Mai. „Daily Express“ meldet aus Paris: Wie in gut unterrichteten polnischen Kreisen verlautet, übte die letzte britische Note an Frankreich betreffend Oberschlesien scharfe Kritik an der französischen Politik in Oberschlesien, besonders wegen der mangelnden Energie der französischen Truppen. Die Note wies auch auf den Unterschied zwischen den italienischen und den französischen Verlusten hin.

London, 23. Mai. Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ schreibt: Wenn die Bedingung Brands, daß eine Unterfuchung durch Sachverständige den Verhandlungen vorhergehen soll, erfüllt werde, so werde die Zusammenkunft des Obersten Rates niemals stattfinden. Die nächsten 14 Tage würden entscheidend sein. Jetzt, wo Lloyd George den Fuß niedergesetzt habe, müsse er auch fest bleiben, wenn er nicht haben wolle, daß er und England in den Nationen der Welt ruhmlos seien. Lloyd George habe niemals die öffentliche britische Meinung geschlossen hinter sich gehabt, als in der ober-schlesischen Frage. Wenn Paris und Warschau keine Achtung vor der britischen Ansicht und Ueberzeugung zeigten, so werde die Entente ein toter Buchstabe sein. „Observer“ findet die Behauptung absurd, daß Lloyd George, als er von neuen und alten Freunden in Paris sprach, an eine deutsch-englische Allianz dachte.

Die Gewerkschafts-Internationale und der polnische Aufstand in Oberschlesien.

Der Vorstand des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem polnischen Aufstand in Oberschlesien befaßt. Nachdem der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Leipzig eingehend Bericht erstattet hatte über die polnischen Gewalttätigkeiten und deren Begründung durch die französische Besetzung, wurde beschlossen, daß der internationale Gewerkschaftsbund eine aus Jouhaux-Paris, Williams-London und Fimmen-Amsterdam bestehende Untersuchungskommission baldigst nach Oberschlesien entsendet, die dort an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern Feststellungen für eine objektive Beurteilung der Schuldfrage vornehmen soll.

Beginn der Kriegsverbrecherprozesse.

Leipzig, 23. Mai. Die Prozesse gegen die deutschen Kriegsschuldigen haben heute vor dem Reichsgericht, 2. Strafsenat, unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Schmidt begonnen. Der erste Prozeß richtete sich gegen den früheren Unteroffizier und jetzigen Rüstmeister Karl Heynen aus Barmen wegen Gefangenemißhandlung im Lager Horne. Anwesend waren Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsjustizministeriums und der englischen Regierung und Gerichtsbarkeit mit dem Solicitor general Sir Ernest Pollock an der Spitze. Die Anklage wird vom Oberreichsanwalt Obermeyer vertreten.

Der neue Reichsminister des Auswärtigen.

Berlin, 23. Mai. Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten in Haag Dr. Rosen zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt und den Reichskanzler von der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden. Dr. Rosen entstammt der Konsulatslaufbahn und ist bisher vorwiegend auf Posten von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung im Orient beschäftigt gewesen. Er ist also wieder ein sogenannter „Fachminister“. Seine bisherigen Leistungen lassen keine Schlüsse auf seine Eignung für den außerordentlich wichtigen Posten zu, der ihm nunmehr übertragen worden ist. Nach Mitteilung des „Vorwärts“ gilt Dr. Rosen als ein Vertreter der modernen, demokratischen Richtung in der deutschen Diplomatie.

England für Aufhebung der „Sanktionen“ bis zum 6. Juni.

Einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Köln zufolge soll nach der „Rheinisch-Westfälischen Montagspost“ die Aufhebung der Sanktionen am Rhein nach einer Mitteilung aus englischer Quelle bis spätestens den 6. Juni erfolgen. Die Räumung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort soll bereits einige Tage vorher angeordnet werden.

Das Ultimatum und die deutsche Wirtschaft.

Von Max Cohen.

Wenn man die Verpflichtungen, die Deutschland durch die Unterzeichnung des Ultimatum auf sich genommen hat, Klarheit gewinnen will, so tut man gut, von vornherein zwischen der Form der Zahlung (der Zinszahlung und der Tilgung) und der Schuld selber zu unterscheiden. Die letztere beträgt in ihrem Gegenwertwert bekanntlich 132 Milliarden Goldmark, ist also um etwa 40 Milliarden Mark größer als der Gegenwartswert, der auf der Pariser Konferenz festgelegt wurde. Es sind recht kostspielige fünf Monate für das deutsche Volk geworben, die seit dem Pariser Diktat vergangen sind, obwohl nicht ohne weiteres geschlossen werden kann, daß nun auch die Gesamtzahlungen entsprechend (also um etwa die Hälfte) höher sein müssen als die, die sich aus den Pariser Festsetzungen ergaben. Das hängt sehr wesentlich von der Höhe der zu zahlenden Zinsen und davon ab, wann diese Zinsen zu laufen beginnen; es könnte daher die Zinsbelastung der Schuldverschreibungen (eigentlich ist es die Dreifachung, aber die Ausgabe des zweiten Teils erfolgt bereits ein halbes Jahr nach den ersten, hat daher nicht viel zu bedeuten) immerhin von einigem Nutzen für Deutschland sein.

Die beiden ersten Serien der deutschen Schuldverschreibungen von 12 und 38 Milliarden Goldmark werden von der Reparationskommission noch in diesem Jahre begeben; sie sind mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen. Diese Verzinsung bedeutet eine Verschlechterung der im Versailles-Friedensvertrag niedergelegten Bedingungen, die nur eine 2½-prozentige Verzinsung bis zum Jahre 1926 vorsahen. Eine Verbesserung aber können wir vielleicht in der Tatsache sehen, daß die Schuldverschreibungen der dritten Serie in Höhe von 82 Milliarden Goldmark zwar auch von Deutschland nach in diesem Jahr der Reparationskommission zu übergeben sind, aber von dieser nicht ausgegeben werden. Das heißt also, die 82 Milliarden sind vorläufig eine bloße Buchführung, für die vorerst noch keine Zinsen gezahlt werden müssen. Wann die Zinszahlung für sie beginnt ist freilich ganz in das Belieben der Reparationskommission gestellt, die, je nachdem sich ihr die Leistungsfähigkeit Deutschlands darstellt, Teile dieser letzten Schuldverschreibungen ausgeben kann, womit die Zinszahlung beginnt. Die von Deutschland aufzubringende Mindestleistung in den ersten Jahren beträgt 8 Milliarden Goldmark, nämlich 2½ Milliarden Zinsen und eine halbe Milliarde Amortisation (Tilgung) der Schuldsumme von 50 Milliarden, deren Schuldverschreibungen von der Entente begeben worden sind. Natürlich vermindert sich in jedem Jahre die Summe, von der Zinsen und Tilgung zu zahlen sind, um den Betrag, der zur Tilgung verwendet wird (nach dem ersten Jahre also um eine halbe Milliarde), nur der Einfachheit wegen habe ich von 8 Milliarden für die ersten Jahre gesprochen, während schon im zweiten Jahre die Summe etwas niedriger ist.

Die Art der Zahlung für Zinsen und Tilgung ist als feste Jahreszahlung von 2 Milliarden und in einer Summe bestimmt worden, die 25 Prozent des Wertes der deutschen Jahresausfuhr beträgt; eine weitere Summe von 1 Prozent des Wertes der Ausfuhr soll dann noch gezahlt werden, wenn die 2 Milliarden und die 25 Prozent des Ausfuhrwertes zur Deckung des Zinsen- und Amortisationsbedarfs der ausgegebenen Schuldverschreibungen nicht genügt. Dabei sei vermerkt, daß die Ausfuhr vorläufig nur als ein Maßstab gedacht ist, mit dem sich die deutsche Leistungsfähigkeit berechnen läßt; es kann aber, unter Verständigung mit der Reparationskommission, auch ein anderer Maßstab bestimmt werden.

Nehmen wir nun ein Beispiel und legen wir den Gesamtwert der Ausfuhr des ersten Jahres mit 6 Milliarden Goldmark ein. In diesem Jahre tragen die deutschen Zahlungen: erstens 2 Milliarden als feststehende Leistung und 25 Prozent von 6 Milliarden — 1½ Milliarden, zusammen also 3½ Milliarden. Von diesen 3½ Milliarden müssen 3 Milliarden zur Zinszahlung und Amortisation von 1 Prozent der Schuldsumme von 50 Milliarden verwendet werden. Was mit dem Rest von der halben Milliarde geschieht, entscheidet die Reparationskommission. Für Deutschland am günstigsten wäre es, wenn diese halbe Milliarde (man wird mit diesem Beispiel der Wirklichkeit des ersten Jahres wohl sehr nahe kommen) ebenfalls zur Tilgung der Schuldsumme von 50 Milliarden verwendet würde; sie betrüge dann im nächsten Jahre nur noch 40 Milliarden, und es wären dann die Zinsen und die Amortisation für die verringerte Summe aufzubringen. Wahrscheinlich wird die Reparationskommission aber nicht so verfahren, besonders dann nicht, wenn die Ausfuhr sich vergrößert und im Laufe der nächsten Jahre auf 8 oder 10 Milliarden (oder auch noch höher) steigt. Sie wird die 3 Milliarden überschüssige Summe vielmehr dazu verwenden, die übrigen Teile der dritten Serie der Schuldverschreibungen von 82 Milliarden Goldmark auszugeben, bis der überschüssigen Summe entsprechen. Sie könnte z. B.

bei dem Uberschuh von 600 Millionen bereits eine weitere Schuldverschreibungsumme von 10 Milliarden begeben, die zur Bergabung und Amortisation gerade 600 Millionen erfordert. Es ist anzunehmen, daß die Reparationskommission in dieser Weise verfährt und, da sie eine jährliche Ausfuhr annimmt, jeweils diejenigen Teile der letzten Serie neu ausgibt, wie sie durch den Uberschuh den Betrag verginst und getilgt werden können. Dadurch ergibt sich natürlich die deutsche Schuldlosigkeit, da praktisch keine Zinszahlung und Tilgung von 60 Milliarden Restschuld, sondern einer größeren Summe. Bei einer Tilgung von 1 Prozent würde sich da über viele Jahrzehnte hinausziehen; ein schnelleres Tempo läme erst dann, wenn Deutschland in der Lage wäre, eine Summe aufzubringen, die wesentlich größer wäre als 6 Prozent der gesamten Schuldsumme.

Nehmen wir auch dafür ein Beispiel, und setzen wir den Fall, daß nach etwa 10 bis 15 Jahren, die deutsche Gesamtschuld sich um 12 Milliarden vermindert hätte und noch 120 Milliarden betrüge. Deutschland müßte dann, um ein schnelleres Abzahlungs tempo zu erreichen, mehr als 7,2 Milliarden Goldmark jährlich aufbringen, und die deutsche Ausfuhr müßte, da 2 Milliarden die feste Jahresleistung angenommen werden, auf rund 21 Milliarden Goldmark ansteigen sein. Sehr wahrscheinlich ist das nicht, ganz einmal abgesehen davon, daß die letzten Jahreserlöse von 2 Milliarden zu einem beträchtlichen Teile auch dem Uberschuh der Ausfuhr über die Einfuhr entnommen werden müssen; denn andere Einkommensquellen hat ein Staat im Grunde genommen nicht.

Es wird daher von der größten Bedeutung sein, daß Deutschland beim Aufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien mit der Arbeitsleistung deutscher Menschen einen recht großen Teil der deutschen Schuld alljährlich abträgt, sonst ist nicht abzusehen, in welcher Weise die ungeheuren Beträge erbracht werden sollen. Denn, daß die anderen Länder, die ebenfalls Waren verkaufen wollen, von einer immer riesenhafte steigenden deutschen Ausfuhr erbaut sein werden, ist nicht anzunehmen. Sie werden sie offensichtlich, wenn sie einen bestimmten Punkt überschritten hat, einzukümmern versuchen, und darin liegt, was Deutschlands Verpflichtungen anbelangt, ein gewisser Trost. Denn entweder wird man mit einer riesenhafte Steigerung der deutschen Ausfuhr einverstanden sein oder sich zur Revision der Reparationsforderungen entschließen müssen. In einem Zeitalter des Warenverkehrs, in dem die meisten Länder fabrizieren und gegeneinander konkurrieren, kann kein Land an andere (am wenigsten ein Industrie- und Wiederverarbeitungsland wie Deutschland eine ist) derartige Milliardensummen zahlen, wenn es nicht Waren in riesigen Mengen zu verkaufen vermag. Das aber wird man den Deutschen nur die zu einer gewissen Höhe gestatten wollen. Hier aber gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder absolute Freigabe der deutschen Warenproduktion und -Ausfuhr, und dadurch entsprechende Zahlungen, oder aber ihre Einschränkung unter Verzicht auf derartige gewaltige Leistungen.

Niemand vermag zu sagen, wann der Zeitpunkt kommt, an dem diese Lasten sich durchziehen werden. Das müssen wir abwarten, und inzwischen muß das deutsche Volk an die Arbeit gehen und alles tun, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn nur alle Gewaltanwendungen für die Folge unterbleiben, wird sich das andere ganz von selbst finden. Das deutsche Volk will zahlen, und an seinem guten Willen darf es niemals für die Folge fehlen. Daß man aber mit dem besten Willen gewisse wirtschaftliche Grundtatsachen nicht aus der Welt schaffen kann, das wird man auf der anderen Seite allmählich und umso schneller einsehen, wenn das deutsche Volk wirklich alles tut, was seine Kräfte hergeben. Biletsch kann erst dann eine wahre Verständigung kommen und deshalb ist es so unendlich wichtig, durch die Tat den guten Willen zu erweisen. Beginnen muß jeder einzeln in der deutschen Republik mit der Arbeit für die Reparationsleistungen. Nur sie kann den vermorrenen Knoten auflösen und all die in den verschiedenen Ländern wieder zusammenbringen, die guten Willens sind. Und davon gibt es sehr viel mehr, als man gewöhnlich annimmt.

Bekräftigte Tobfeindschaften.

Auf dem Vorschlag des neuen amerikanischen Botschafters in London, Lord George, hat die britische Regierung beschlossen, die Beziehungen zu Frankreich zu verschärfen. Lord George hat in London, wo er am 1. März eintraf, die Angelegenheiten der Welt, die sich im Zusammenhang mit dem Krieg, der französischen Drang nach dem Ruhrgebiet und die, wie nunmehr feststeht, mit offizieller französischer Hilfe organisierten Vorkämpfer in Oberitalien haben in Mittel-europa eine Misshandlung von Missetaten und Haß erzeugt, die stärker und bedauerlicher ist, als jede der Spannungen, die in früheren Zeiten in Europa sichtbar wurden. Lord George hat in seiner Rede sehr richtig ausgesprochen: „In Mitteleuropa haben alle Vorkämpfer, die seit dem Kriegsschluß wieder zu vollem, fröhlichem Leben erwacht sind, es in Anspruch genommen, die Welt zu zerschlagen. Für unsere eigene Sicherheit ist aber wesentlich die Nationen aus dem Dabyrinth des Hasses und der Verfechtung herauszuführen.“

Diese Reue ist ein Akt der Gerechtigkeit. In gewissen Kreisen des Lager der Welt beginnt die Sorge um die Folgen des Sieges und die Gefahren, die daraus zu erwarten sind, in der Tat vermehrt zu werden. Die europäische Stimmung ist verfinstert, das ist eine gewaltige und blutige Auseinandersetzung der europäischen Völker unabwendbar werden, der muß mit energischer Hand den größten Missetaten Einhalt aufzulegen suchen. Die Rede Lord Georges war der erste dieser Versuche auf französische Köpfe. Wir haben jedoch erneut aus der Heftigkeit der Debatten in der französischen Kammer die Notwendigkeit einer Abklärung erkennen können.

Die Rede Lord Georges ist aber auch ein Beweis dafür, daß England und Frankreich allein den Frieden in Europa nicht herbeiführen können. England sieht sich offenbar nach einem Helfer um, der die englische Politik zu führen in der Lage ist. Es wäre natürlich ganz falsch, anzunehmen, daß Lord George Frankreich fallen und die Entente in Gefahr kommen lassen wolle. Lord George ist ohne Zweifel der ernsteste Vertreter der Allianz mit Frankreich, und seine Gegnerschaft gegen Deutschland ist keineswegs milder, als die der französischen Staatsmänner. Auch er will, daß Deutschland auf dem Boden gehalten wird. Aber er will dies mit den Mitteln einer klugen abwägenden Erdrosselungspolitik erreichen. Darin stört ihn das hysterisch-unkontrollierte Getöse fanatisierter französischer Brandstifter. Das ist allein der Grund seiner stärkeren Anlehnung an Amerika und seiner Warnungserufe an die französischen Machthaber. Lord George ist klug genug, um zu erkennen, daß bei der weiteren Entwicklung der Dinge in Europa ein neuer Krieg nicht vermeidbar ist. Daß ein solcher Krieg bei dem gegenwärtigen Erschöpfungszustand Europas die letzten Kraftreserven der Nationen und das nur mühsam erhaltene wirtschaftliche Gleichgewicht zerstören muß, ist ihm bekannt. Wenn dieser Krieg nicht der letzte Krieg ist, so wird der nächste Krieg Europa vollständig in Asche legen. Das ist keine Phrasen, sondern der düstere Ausdruck einer sehr begründeten Besorgnis.

England weiß ganz genau, daß das Schicksal des kontinentalen Europa von größtem Einfluß auf sein eigenes Schicksal ist. Nicht Friedensliebe an sich, sondern die Angst vor ruhmlosen, auch England schwer treffenden Erschütterungen in Europa ist es, die Lord George zu einer orientativen Herzlichkeit gegenüber Amerika drängt. Lord George sagte dem neuen amerikanischen Botschafter, daß Europa nicht mehr in der Lage sei, sich allein aus dem Sumpfe herauszuretten, daß die Hilfe Amerikas für die Ordnung der Dinge in Europa unbedingt notwendig sei. Ja, er ging noch weiter, indem er auspricht, daß die zukünftige Wohlfahrt der Welt mehr von dem guten Einvernehmen und der engen Zusammenarbeit zwischen England und Amerika als von irgendeiner anderen Tatsache abhängt. Das bedeutet durchaus nicht die moralische Kündigung der Entente. Aber es ist die bis jetzt deutlichste Geste gegenüber dem französischen Freunde, die ihn mahnen soll,

sich nicht zu weit in die chandrische Gasse zu verrennen und die Tobfeindschaften in Europa noch mehr zu verschärfen und zu verewigen.

In diesen Tagen begegnen sich Briand und Lord George in London. Der Lord George wird wahrscheinlich wieder zu den Verhandlungen über den Vertrag zwischen den beiden Ländern zu werden verprochen. Dieser Vertrag ist immer so, daß sein Inhalt und seine Offenheit mit der Zeit sich ändern, die ihn von Briand trennte. Trotzdem bleibt die feste Verbindung seiner Rede bestehen.

Sinnlos in Sowjetrußland.

Die Unterredung mit finnischen Pressovertretern in Helsingfors über die Werbung der „Krasnaja Gajka“, daß in Berlin eine Konferenz der ausländischen Sowjetvertreter bevorstehe, für unzutreffend. Die Verhandlungen über die Erteilung von Wirtschaftskonzessionen würden demnach zu günstigen Ergebnissen führen. Die Verhandlungen mit den Franzosen betreffs Ausbeutung der Bodenschätze des Ural hauerien schon acht Monate lang. Was Sinesen betreffe, so habe er in Sibirien keine Konzessionen erworben, interessiere sich aber für die im Gouvernement Kurland entdeckten Erzlager. Die Sowjetregierung beabsichtige, in Finnland Holz einzukaufen und Holzmaterialien reparieren zu lassen, sowie die Kräfte des Wasserfalls Amara auszunutzen. Die aus Moskau gemeldet wird, beraten die Regierungskreise über italienische Vorschläge zur Erteilung von Wirtschaftskonzessionen in Sowjetrußland.

Polnische Uebergriffe gegen die deutsche Gesandtschaft in Warschau.

D. C. In der hiesigen deutschen Gesandtschaft hat sich am Freitag ein Fall unerhörter Verletzung der Exterritorialität durch einen polnischen Agenten ereignet. Schon früher hätten zwei nach Namen und Postausweis festgestellte Agenten der Geheimpolizei ständig das Gesandtschaftsgebäude beobachtet und die Gesandtschaftsmittglieder verfolgt. Am Donnerstag drang eine weitere Person, namens Jan Dombrowski, in die Portierswohnung der Gesandtschaft ein und versuchte, die Portiersfamilie auszuhorchen. Darauf versuchte Dombrowski, in die Bureauräume einzudringen, wurde jedoch hier gestoppt und auf Veranlassung des Geschäftsträgers abgeführt. Der Verhaftete gestand, daß er auf Befehl seiner Vorgesetzten von der Militärgeheimpolizei gehandelt habe. Dieser Vorfall wird Veranlassung zu diplomatischen Schritten geben. Obgleich die deutsche Gesandtschaft dauernd ausgespioniert, die Telefongespräche werden abgehört, und verdächtigerweise wird die Räumung des von Privatmiethern bewohnten ersten Stockes der Gesandtschaft, infolge Untätigkeit der Behörden, seit Monaten verweigert. Gegen diese Zustände, die in eklatantem Widerspruch zu den elementarsten Gepflogenheiten des diplomatischen Verkehrs und zu der entgegenkommenden Unterbringung der polnischen Vertretung in Berlin stehen, soll nunmehr energisch vorgegangen werden.

Polnische Ministerkrisen.

D. C. Der Außenminister Sapieha hat aus den durch das Misstrauensvotum der Sejmkommission geschaffenen Situation jetzt die Konsequenzen gezogen, den Kampf aufgegeben und am Donnerstag sein Demissionsgesuch offiziell eingereicht. Ferner schiedet der Verpflegungminister Grodnicki aus der Regierung aus, dessen Ministerium liquidiert wird, und auch das Rücktrittsgesuch des Arbeitsministers Janowski ist jetzt angenommen worden; Janowski, ein Vertreter der Nationalen Arbeiterpartei, lehnte es ab, die formelle Neutralität der Regierung in bezug auf Oberitalien mitzumachen, und identifiziert sich offen mit der Aufstandsbewegung. Auch der stellvertretende Außenminister Bilh hat demissioniert. Die optimistische Darstellung der Haltung der Alliierten, die Bilh als Vertreter Sapiehas während dessen Abwesenheit gegeben hat, wird als eine Verfehlung der Öffentlichkeit angesehen. Die provisorische Leitung des Außenministeriums übernimmt Dombrowski, der bisher eine Nachfolgerschaft Sapiehas ablehnt. Neuerdings wird der polnische Gesandte in London Brodzki als künftiger Außenminister genannt.

Der Hohenzollernprinzip als Kapitalverdränger.

Bestens letzte Sensation war das Erscheinen des zweiten Sohnes Wilhelms des Ausreißers vor den Schranken des Reichs unter der Anklage der Kapitalverdrängung. Denn auch Hohenzollernprinzipen heute in Moabit keine ungewohnten Gäste mehr sind, seitdem ein anderes Mitglied der ausverwählten Familie sich dort wegen eines in der Tageszeitung angeführten Kaufvertrages im Hotel Abion zu verantworten hatte, so war doch gerade die Verhandlung gegen den Prinzen Eitel Friedrich ganz besonders charakteristisch für die geistige und sittliche Verfallung der Hohenzollerndynastie, die das deutsche Volk den „herrlichen Zeiten“ des verlorenen Krieges entgegengerührt hat.

Herrmann Müller in seiner Reichstagsrede vom 22. November des vorigen Jahres fünf Mitglieder des abgedankten Kaiserhauses der Kapitalverdrängung ins Ausland beschuldigt hatte, geriet natürlich die monarchistische Presse in nicht geringe Verärgerung, um so mehr, als auch der damalige Reichsfinanzminister und heutige Reichskanzler Dr. Wirth die Müller'schen Behauptungen bekräftigte. Trotzdem versiegte sich diese Presse allseitig zu der Behauptung, die eingeleitete Untersuchung habe bereits die Hinfälligkeit dieser Beschuldigung erwiesen. Dies Vertuschungsmanöver hat aber glücklicherweise doch nicht hingereicht, um dem zunächst angeklagten Prinzen Eitel Friedrich die Peinlichkeiten eines öffentlichen Gerichtsverfahrens und seine Verurteilung zu ersparen. Das Urteil selbst zeigt die breiten Klaffen im Rücken der deutschen Völkerverdrängung gegen die Kapitalflucht. Obwohl ohnehin die Gefahr des Erbschwerens bei der hochentwickelten Technik dieser Art von Verdrängung nur sehr gering ist, muß die Verbannung einer Geldstrafe von 5000 Mark, die nach nicht einmal ein Prozent der verdrängten Summe ausmacht, also für den Verdränger nur ein Trübsal

bedeutet, geradezu als Freibrief für derartige Manipulationen wirken, um so mehr, als ja auch der Antrag des Staatsanwalts auf Beschlagnahme des verdrängten Kapitals abgelehnt worden ist. Fall man diesem Urteil vollends die Rechtsprechung der Sondergerichte in Mitteldeutschland entgegen, wo Arbeiter schon wegen Verteilung eines kommunistischen Flugblattes ins Zuchthaus gesperrt worden sind, so sieht man sich schon wieder — zum weitesten Teile — einer besonders spöttischen Gestecke der allmählich historisch werdenden deutschen Klassenjustiz gegenüber.

Immerhin hat mit dieser Prozeßhandlung die von den monarchistischen Schwadronieren wie ein rotes Ei gehütete Hohenzollernlehre ein unheilbares Loch erhalten. Die Gleichheit vor dem Gesetz enthält die moralische Erbärmlichkeit der ehemaligen Träger der Monarchie in voller Nacktheit. Ein Prinz, der zurzeit sogar in Deutschland als Chef des Hohenzollernhauses fungiert, hat zum Zwecke einer Geschäftsverbindung eine Geschäftsverbindung mit einer Bankfirma gehabt, deren Haupttätigkeit in großzügigen Kapitalverdrängungen bestand. Die Gemeinsamkeit zwischen Hohenzollern und Schieberismus ist damit gerichtlich festgestellt. Prinz Eitel Friedrich selbst hat in wenig ritterlicher Weise seine Hauptschuld auf seinen inzwischen freiwillig aus dem Leben geschiedenen Bruder Joachim abgemäht, und die Beziehungen des ehemaligen Kronprinzen und seiner Gattin Cecille zu dem Schieberhause sind bereits ebenfalls bekannt. Außer den fünf von Herrmann Müller seinerzeit genannten Mitgliedern des Hohenzollernhauses steht auch noch ein andres unter der Anklage riesiger Kapitalverdrängungen ins Ausland. Für die monarchistischen Demonstranten bei der Botsdamer Leichenparade der kürzlich verstorbenen Kaiserin bildet dieser kleine Abchnitt aus dem langen Kapitel der „Verdrängung“ der Hohenzollern jedenfalls ein hitziges Bild, sofern einmal unter ihnen überhaupt

die Ehrlichkeit aufbringen werden, diesen Vorgang entsprechend zu würdigen.

Bis vor zweieinhalb Jahren gab es einen Menschen in Deutschland, der sich Kaiser von Gottes Gnaden nannte, der verfassungsgemäß über dem Gesetz stand, der also jedes Verbrechen begehen durfte, ohne dafür bestraft werden zu können. Und dieser kleine Gott war von einem Kreise von Halbgottern umgeben, den Prinzen und Prinzessinnen, die zwar nicht auf dem Papier, aber in Wirklichkeit das gleiche Vorrecht genossen. Jetzt sind diese Halbgotter Zierden des Gerichtssaales geworden, und es kann wohl schwerlich jemandem einfallen, zu glauben, daß der Weg durch die 9. Strafkammer des nicht mehr königlichen Landgerichts I in Berlin-Moabit jemals wieder in den Thronsaal zurückzuführen wird.

Freitagabend werden soll aus diesem Anlaß jedoch abermals die doppelte Moral der monarchistischen Presse. Die „Kreuzzeitung“ erblickt in der Kapitalverdrängung des Prinzen Eitel Friedrich „nichts ihn sittlich Belastendes“, weil seine Tat angeblich aus reinen Beweggründen begangen sei. Vor der Verurteilung jedoch hatte der deutschnationale Abgeordnete Graf (Thüringen) im Namen seiner Fraktion das Vergehen der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht in jede in Falle als gemeines und ehrenrühriges Verbrechen bezeichnet. Noch heute ist im Wälderwald der Rechten die Hege gegen Erzberger nicht verstummt, obwohl die ihm zur Last gelegte Kapitalverdrängung selbst von der deutschnationalen Presse nicht mehr gelehrt wird. Da ist nun einmal nichts zu machen. Ein republikanischer Finanzminister, der das geheiligte Gut des Geldbeutels der Kreise von Bildung und Besitz anzuzücken mag, ist und bleibt ein Lump, auch wenn die gegen ihn erhobenen Verdächtigungen sich als halbes Erweilen. Ein Hohenzollernprinzip, dem sein Vergehen vor Gericht nachgewiesen worden ist, bleibt nach wie vor ein unerschütterlicher Engel.

Danziger Nachrichten.

Die neue arbeiterfeindliche Hege der Kommunisten.

Bereits am Sonnabend mußten wir Gelegenheiten nehmen, die von der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ ohne jede Überlegung eingeleitete Hege gegen die Gewerkschaften festzumachen. In ihrer Sonnabendnummer legt diese „Arbeiterzeitung“ ihren Kampf zur Unterstützung des Unternehmertums fort. Nachdem das „radikale“ Organ den streikenden Straßenbahnern den unheimlichen Warendienst leistete und in echt „radikal-revolutionärer Lauffahrt“ die Kampfesfront der Streikenden als zu schwach hinstellte, ist es eifrig bemüht, eine Verbreiterung der Kampfesfront durch Streikaufrufung an die Eisenbahner herbeizuführen. Bisher ist es noch nie üblich gewesen die Methoden und die Taktik des gewerkschaftlichen Kampfes vorher in den Zeitungen öffentlich anzukündigen und zu besprechen. Das ist der unter Verantwortung des sich um einen gewerkschaftlichen „Bongensfuß“ heiß bemühen „Kommunistenführers“ Schmidt stehenden „Arbeiterzeitung“ vorbehalten geblieben. Wir haben ein solches Verhalten, das für die Unternehmer von unbezahlbarem Wert ist, da es die gefesselte Auslieferung der Gewerkschaften an das Unternehmertum bedeutet, bereits am Sonnabend gekennzeichnet. Es muß hier einmal offen die Frage aufgeworfen werden, wie lange ein solches Treiben, das auf eine bewußte Schädigung der gesamten Gewerkschaftsbewegung hinausläuft, von der Arbeitererschaft noch geduldet werden soll. Nur blindwütiger Haß gegen die Arbeiterbewegung kann die Feder zu solchen Schmierartikeln führen, die auf eine offene Unterstützung des Unternehmertums hinauslaufen. Die verwerfliche Hege der Kommunisten, mit der sie die Danziger Arbeitererschaft zu einem Generalstreik aufzufachen wollen, um die Unternehmer vollkommen über die Arbeiter triumphieren zu lassen, hat sich damit in ihrer schwersten Tragweite selbst offenbart.

Kultur und Wohlfahrtspflege auf dem Lande.

Der Deutsche Heimatbund veranstaltete vom 20.—22. Mai in der Technischen Hochschule einen Lehrgang über Kultur und Wohlfahrtspflege auf dem Lande. Unter Hinweis auf den Ernst der jetzigen Lage, in der sich gerade der Freistaat Danzig wider Willen durch den Friedensvertrag befindet, eröffnete Professor Dr. Matthaei mit einer Ansprache den Lehrgang. Das Bestreben Polens sei, Danzig zu polonisieren, um es ganz dem Polenstaate einzuverleiben. Die Erhaltung des Deutschtums sei darum das dringendste Gebot der Stunde. Der Redner meinte u. a., daß die letzten drei Generationen der Erhaltung und Entwicklung der deutschen Kultur nicht günstig gewesen wären. Nach Auffassung des Redners — die uns allerdings sehr willfährlich gegriffen erscheint — trifft der Bildung der großen Industriestädte die Schuld daran. Diese „Wasserlöcher“, wie Prof. Matthaei die Industriestädte wenig geschmackvoll nannte, wären der Kulturentwicklung nicht günstig. Der Ursprung der Kultur läge auf dem Lande, weil der Deutsche ein geborenes Bauernvolk sei.

Professor Dr. ... Berlin behandelte mit großem Geschick die ländliche Wohlfahrtspflege. Diese sei eine Notwendigkeit und keineswegs gleichbedeutend mit Wohlstandspflege. Letztere sei erst ein, nachdem das Elend und die Not ihren Höhepunkt erreicht haben. Sie trägt das Odium des Mitleids an sich und drückt den Empfänger moralisch nieder. Sie kann nur in Einzelfällen eingreifen und auch dann noch mit beschränkten Mitteln, stellt demnach nur eine Halbmäßigkeit dar und wirkt passiv. Wohlfahrtspflege ist das Zusammenwirken aller Bevölkerungsklassen zur Erhebung der geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie ist ein Volkserziehungswerk und wirkt aktiv durch Mitarbeit aller an gleichen Werken. Wichtig angeordnete Wohlfahrtspflege erhält sich selbst und bedarf keiner besonderen großen Mittel von außen. Sie läßt sich praktisch verwirklichen in Land- und Stadtgemeinden sowie für ganze Bezirke. Redner gibt eine Reihe praktischer Beispiele aus dem Leben.

Ueber ländliche Kulturpflege referierte Dekanomedizinalrat Semke-Berlin unter der Betonung, Kultur sei Arbeit. Der

Vortragende betonte, daß kulturelle Arbeit und Wohlfahrtspflege nur zu langsam eine besondere Rolle spielen. Der Gang müsse rasch zu werden, hat die Verantwortung nicht nur der wirtschaftlichen Arbeit und somit der Kultur aufzubringen. Die Arbeitererschaft müsse wie bisher herantreten, indem die Verantwortung zur Unterstützung der Arbeit übernehme. Auch dieser Redner stellt die Anforderungen an Kultur mit auf dem Lande. Ueber die Schulen referierte Dr. med. ... Die Pflege dieser ist von jeder zu sehr vernachlässigt worden. Bei entsprechend guten Mitteln läge es in fast allen Orten eine sehr gute und bewundernde Volksschule zu gründen, welche in den Schulen zum Unterricht für die Gemeindefunde gut verwandt werden können. Redner regte eine Sammlung und Zusammenfassung von den bereits vorhandenen Dorfgeschichten und urkundlichen Material für die Heimatvereine an. Ueber die Schulen als Mittelpunkt der allgemeinen Wohlfahrtspflege referierte Referent Dr. ... Er stellte die Schule an erster Stelle. Sie ist auszubauen als eine Einrichtung für den besten und besten. Haus und Schule müssen sich in der Erziehung ergänzen. Unterricht soll in jedem Dorf und in jeder Schule sein. Die Schulen sind zu erweitern, Schulbücher als Mittel zur Erziehung, sowie Versammlungsräume für Elternabende müssen vorhanden sein. Angemessener Arbeitsunterricht, wie z. B. in den Städten, muß auf dem Lande eingeführt werden. England und Amerika über diesen Unterricht schon seit Jahrzehnten in Gartenbau, Tierzucht usw. mit gutem Erfolg. Sonderpädagogische Schulen für Blinde und Taubstumme, welche von den Volksschulern seit mehr als 20 Jahren gefordert, doch ist noch nichts geschehen. Wenn irgend möglich, sollte jede größere Gemeinde eine Schulpflegerin unterhalten zum Unterricht der weiblichen Jugend. Dieser wäre auch die Leitung des Handarbeits- und Wirtschaftsunterrichts zu übertragen.

Direktor Hensel hält die Unterstützung der Dörfer durch die Städte für notwendig, da das gesprochene Wort durch das Bild seine Bedeutung erfährt.

Für die Einrichtung ländlicher Volkshochschulen plädiert Prof. Dr. ... Jedoch könnten dieselben nur in den Wintermonaten und einen den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Umfang erfahren. Das Winterland für solche Hochschulen sei Dänemark, welche dieselben vor 25 Jahren eingeführt habe. 75 Schulen und circa 7000 Schüler sind dort heute über das ganze Land verbreitet. Ein gleiches oder ähnliches müsse bei uns geschehen. Anlässe hierzu sind in West- und Süddeutschland vorhanden. Jedoch alle Arbeiten werden wenig Erfolg haben, wenn nicht baldigst eine gründliche Bodenreform auf dem Lande einsetzt. Prof. Dr. ... die junge Welt hierzu ein ausführliches Referat, in welcher er die bekannten Grundzüge der deutschen Bodenreform eingehend erläuterte. Der Vortragende unterscheidet zwei wirtschaftliche Hauptrichtungen, den Individualismus und den Sozialismus. Obwohl ersterer bisher großes Gelingen gehabt und noch keinen Zweifel habe er doch seine natürliche Grenzen. Diese sind gegeben, wo der Individualismus im Mammonismus eine ausbeutende Tendenz trägt. Dieses trifft zu bei den gesamten Bodenschichten, Adel, Bauern usw., sowie bei dem Grund und Boden in Stadt und Land. Die unter der Erde befindlichen Bodenschätze gehören der Allgemeinheit und nicht dem einzelnen Besitzer. Die vorzüglichen Regierungen haben gerade hierin sehr schwer gesündigt. Als Hebergang zu gefundenen Verhältnissen sei nicht die endgültige Sozialisierung der Betriebe (Bergbau) erforderlich, sondern eine erhebliche Teilnahme des Staates am Reingewinn, wie es vor einigen hundert Jahren der Fall war. Da müßten die Besitzer 60 Prozent des Gewinns an den Staat abtreten. Dem Spekulantentum könnte entgegengehandelt werden, indem die Stadt- und Landgemeinden sich in den Besitz von möglichst allem Grund und Boden setzen und sich bei allen Verkäufen das Verkaufsrecht sichern. Unerwünschte gesetzliche Bestimmungen sind jedoch hierzu erforderlich. Nur auf diesem Wege sei auch eine gesunde Siedlungswirtschaft zu betreiben.

Es folgten u. a. noch Vorträge über: Die Pflege der heimischen Mundarten und über Das Volkstheater. Den Vortrag über das Volkstheater hielt Prof. Dr. ... Die Pflege der heimischen Mundarten ist eine allgemeine Aufgabe und teilweise erfolgreicher. Vorträgen fehlte, so scheint der Rufus doch den Fehler zu haben, daß er in seinen Grundzügen fast vollkommen einseitig eingestellt war. Einmal spielen bei der ländlichen Kulturpflege auch die wirtschaftlichen sozialen Verhältnisse eine fast ausschlaggebende Rolle und sind diese in den Vorträgen mit wenigen Ausnahmen fast vollkommen zu kurz gekommen. Dann scheint uns aber auch in den Vorträgen, das flache Land als Kulturgrundlage weit über die wirkliche Bedeutung überschätzt. Das aufstrebende ländliche Proletariat ist durchaus nicht mehr kulturlos, sondern stellt im Gegenteil einen recht beachtenswerten Kulturfaktor dar. Die einseitige Einstellung des Rufus, die auch in der vollkommenen Ausgestaltung der wertvollsten Bevölkerungsklassen sowohl als Götter

und als Vortragende zum Ausdruck kam, scheint ebenfalls in einer besondern Form über in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse ihren Ursprung zu haben.

Vollgehehrte vom 22. und 23. Mai 1921. Verhaftet: 28 Personen, darunter: 7 wegen Verdachts des Einbruchdiebstahls, 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Körperverletzung, 2 wegen Sachbeschädigung, 1 wegen Verdachts des Landfriedens, 1 wegen Verdachts gegen die Staatsmacht, 1 zur Festnahme angesetzt, 6 in Vollgehehr. — Obdachlos: 5 Personen.

Standesamt vom 23. Mai 1921.

Eheschließungen: Witwe Anna Jähel geb. Böding, 73 J., 3 R. — L. des Geschäftsrats Johannes Brung, 7 W. — Schloßer Johannes Daleski, 18 J., 8 R. — Inwalde Friedrich Stege, 79 J., 5 R. — L. des Schiffbauersmanns Felix Krosch, 1 E. — G. des Kaufmanns Friedrich Giesemann, 10 J. — Friseurin Anna Rosenbaum, 53 J., 1 R. — L. des Maurers Johannes Kappel, 6 R. — Sanitätsrat Paul Schaefer, 18 J., 11 R. — Gelehrter Max Drews, 54 J., 7 R. — Frau Elisabeth Krüger geb. Gerate, 43 J., 3 R. — Unehelich: 1 E.

Aus dem deutschen Osten.

Einmalige Ermäßigung der Post- und Eisenbahngebühren in Ostpreußen. Da von wesentlicher Bedeutung ist, daß die heute noch unerschwinglich hohen Post- und Eisenbahngebühren abgebaut werden, ist das Reichsamt für Posten und Eisenbahnen in Berlin für eine bedeutende Ermäßigung, wenigstens für den Reiseverkehr, eingetreten. Bekanntlich war es dem Reichsamt nicht gelungen, für die bevorstehende Frühjahrsmesse eine große Ermäßigung der Gebühren zu erwirken. Nunmehr ist vom Reichsamt Berlin, nachfolgender Bescheid eingelaufen:

„Dem Reichsamt ist die Vorlage eines neuen Gebührenverzeichnisses für die Auslandsbahnen zugegangen, worin eine sehr erhebliche Ermäßigung der Post- u. Eisenbahngebühren vorgesehen ist. Ein Post soll danach in Europa nur noch 10 Mark kosten, ein Eisenbahnzettel zur Kurze oder Durchreise gleichfalls 10 Mark und zur Einreise und zurück über Durchreise und zurück 15 Mark. Werden Post- und Eisenbahnzettel gleichzeitig aufgegeben, so ist nur die Gebühr für den Eisenbahnzettel zu zahlen. Deutsche brauchen zur Kurze nach Deutschland überhaupt keinen Eisenbahnzettel mehr, während ihnen der Eisenbahnzettel zur Durchreise oder zur Ein- und Rückreise zum halben Satz erteilt wird.“

Im Hinblick auf diese weitgehenden Ermäßigungen erübrigen sich besonders Vorarbeiten für Reisebüros. Dies soll demnach in Zukunft ebenso behandelt werden, wie alle anderen Reisenden.“

Es ist sehr zu begrüßen, daß das Reichsamt in Berlin den ersten Schritt zur Herabsetzung der Gebühren tut, und es ist zu hoffen, daß die Reichsämter nun ihrerseits ebenfalls die Kosten der Post- und Eisenbahnen ermäßigen und dem Verkehr jedwede mögliche Erleichterung zufolmen lassen. Für uns Danziger ist besonders die Einbeziehung Polens in diese Regelung notwendig und müßten auch hierin die notwendigen Schritte schnellstmöglich unternommen werden.

Tagung des Deutschen Schupfbundes.

In der Zeit vom 12. bis 18. Mai tagte in Algenfurt (Sachsen) der Deutsche Schupfbund. Die von mehr als 700 Personen besuchte Zusammenkunft umfaßte die Vertreter fast aller deutschsprechenden Gebiete. Aus den gehaltenen Vorträgen wie den Diskussionen kam der einheitliche Wille zum Vorschein, an dem Deutschtum wie auch das Vereinigungsabgeordnete Deutschtums und Deutschtums zum Durchbruch. Der Höhepunkt der Tagung bildete zweifellos die Sonderprüfung über die Auslegungssachen. Zu wünschen wäre, daß der Schupfbund auf seinen weiteren Zusammenkünften unverantwortliche Persönlichkeiten nicht mehr zum Wort kommen ließen, denn die Reden des Professors Dr. ... wie die des Professors ... hätten besser unterbleiben können, da sie dem Schupfbund, Gedanken nicht besonders förderlich waren. Die anwesenden Vertreter der deutschen Arbeitererschaft gaben wiederholt zu erkennen, daß sie gewillt seien, entsprechend ihrer bisher schon sehr beachtlichen Auffassung, die völkische Bewegung hochzuhalten, sei doch die Sozialdemokratie immer die entscheidende Bestimmung des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ gewesen.

Der am ersten Pfingstfesttag in Algenfurt veranstaltete Festzug kann als gelungene Demonstration für ein einheitliches Deutschland betrachtet werden.

Die Leitung des Schupfbundes wird aus dem Verlaufe der Tagung die Heberzeugung gewonnen haben, daß ein anderer organisatorischer Aufbau des Schupfbundes unbedingt erforderlich sein wird.

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

(Fortsetzung.)

„Wo denkst du hin?“ fragte erschrocken Rätzel. „Der hat ich ja gesagt, ich will of a paar Stunden zur alten Margerin, das selbe hab ich mir ausgedenkt und schon a schöne Weile mit dem Warten auf dich verpaßt! Zeugenschaft leist ich dir keine und brauchst doch auch keine. Gilt mir ich mich nur ischören (eilen), daß ich zu der ins Ort tritt, damit ich sagen kann, wo war dort gewest, wann die Red darauf kam. Gut Nacht, Bauer, sieh dich für und tu nit unüberlegt.“ Sie eilte an dem Wagen vorbei über die Brücke, dem Dorke zu.

Der alte Sternsteinhofer schwang die Peitsche und hieb auf das Pferd ein, dieses jagte in Sprüngen den Gang hinan und rief das Wägelchen hinter sich her. Im Gehöft angelangt, fuhr er geradezu auf das Haus los und fast in die Gruppe dreier Wütchen hinein, die vor der Türe plaudernd standen. Zwei nahmen lachend Platz, der dritte, der die Hände in den Hosentaschen, einen Sprung hinter sich getan, um den Käuern auszuweichen, blieb lässig und gleichmütig stehen.

„Was laufen denn da?“ höhnte der Alte, mit der Peitsche nach den Wegeläufigen deutend.

„Weil sie Letztgen sein.“ sagte der Wütche.

„Und du, Lump, behaltst vielletzt a gut Gewissen, wann du an einer Dieberei teilnimmst und trauest dich noch, mir ins Gesicht zu trauen?“

Der Ruchel zuckte die Achseln.

„Rein Rede bin ich dir wert? Na, marke, dafür lehre ich dich Sprünge machen!“

Schon hatte der Alte mit der Peitsche zum Schlag ausgehakt und der Knecht die Arme abwehrend vorgestreckt, da trat die Bäuerin aus dem Haus.

„Wie er dich schlägt, Geiner.“ rief sie. „Schlage du nur zurück! Das brauchst dir nit gefallen zu lassen. Du hast nur getan, was dir is aufgetragen gewest.“

Da ließ der alte Bauer die Peitsche hinter sich ins Gerat fallen und klatterte mit vor Mut bebenden Gliedern mehlsam vom Wägelchen herab. „Du — du —“ höhnte er mit vorlagender Stimme, „hegst das Gesicht auf, sich an deines Mannes leiblichen Baden zu vergreifen?“ — Wo is der Loni?“

„Oben auf seiner Stuben, durchs offene Fenster hört er jedes Wort, was wir da reden, und wann er mir was wehren oder ver-

wehren will, braucht er nur den Kopf herauszustrecken. Den steckst der dir als meines Mannes leiblichem Vater zuzime, gehst ich dir gera, wollest nur du da auf dem Gehöft nit mehr wie ein solcher bedeuten, aber einen Rebenherrn kenne ich nit und daß du von unserm Gesinde züchtigen willst, wer gehorsam, das leide ich nit!“

„Renne ich nit — leide ich nit —“ spottete der Alte nach. „Du —! Galt aber recht, was brauche ich denn Peil da erst über den Grund zu fahren? Bedig an dich habe ich mich zu halten. Und nit als Rebenherr, als mein eigener und als Herr auf und von meinem Eigenem frage ich, was hast du darauf zu suchen, was hast du mir davon zu verwickeln?“

„Schau, Schau, du weißt das schon, bevor du noch die Augen in deiner Stuben hast herumgehen lassen? Wo, das Rätzel is nit schwer zu raten, den Weg, den du kommst, is keines gegangen, wie die alte Rätzel, ob Zutrauerin.“

„Was is a Ehrenweib und da auf dem Hof alt worden!“

„Und wann ich will, wird sie auch kein Tag älter darauf!“

„Du jagst sie fort?“ kritisierte der Alte.

„Wann sie dir gesagt hätte, was da nit erlassen durft, bestinnet ich mich keinen Augenblick, weil sie dir aber nur gesagt hat, was ganz unbedarfen ist, is mir die Sache nit so viel Aufhebers wert. Gehörig rüffeln werde ich mir sie wegen ihrer Unbedarfenheit, weiser nit.“

„Ja, habe die Gnade, und dann sei auch so gut und laß mir nur gleich mirgen wieder meinen effernen Schrein borthin schaffen, von wo du ihn heut hast weggeschleppt lassen.“

„Was weniger.“ Der Ruchel, wo er is.“

„Dorrenhalten istest mirs, Weibin!“ brüllte der alte Bauer, die Faust gegen das Weib erhebend, das einen Schritt zurückwich, nicht vor der Bedrohung, sondern vor dem Schimpf. Er ließ den Arm sinken und knurrte höhnisch: „Weißt, halt was davon, dumme Weib! Fehlt dir nit der Schrein? Den folge ich dir nit aus!“

„Den behalte mir.“ sagte trotzig Helena. „Ich will a Ordnung, nit das beine! Der Schrein is bei uns gut aufgehoben und der Schlüssel bei dir. Du bist a alter Mann, wir leicht verperrst amal nit, verstreust selben was, aber a fremde Hand greift zu, dann müßte das oberste zu untern gefehrt werden, mer hätte die Ständer (Gendarmen) auf dem Hof und das ganze Gesinde im unbedarfenen Verdacht. Besser bewahrt, wie beslagt! Wir langen dir nit hinein, aber es is nit mehr als billig, daß wir wissen, wogu du hineinlangst; du kümtest auch aus Versehen ohne Gehörig Rufe und Geschäften abschicken, dich betrügen lassen und am Ende müßt

mer nit, wo das Geld hinmuss is, ob die Gläubiger, die nit mehr, auch recht sein und wo mer die Schuldner zu haben hat, darum gehst der Schrein hin, dort wo er ligt, und er is nit mehr, was mer in Acht nehmen muß, wann du is, in welcher Zeit. Schau es an, das arme Weib, da steht es noch und kommt laum zu ihm von dem Geget, wie du die Stellen (Küchen) herumtastest, wenn du Hof und Hof verabsäumt, so kümst über das ungeschicklich Weib nit brauche leiden lassen und nicht es halt auch in unsere Stelle einstellen.“

„Du nimmst mer auch noch mein Vieh!“

Die Bäuerin lehnte den Rücken und schritt in den Fütze, einen Blick tat sie nach über die Köpfe nach dem Alten und obwohl dieser in der Dunkelheit den Ausdruck, der in demselben lag, nicht zu unterscheiden vermochte, so empfand er ihn doch als eine eben so entscheidende, wie verhöhrende Bejahung seiner Frage.

„Oh, du!“

Er schrie auf und dann, beide aneinandergepreßte Hände in einem gegen die Wegeläufigen stückelnd, leuchtete er: „Alles — nimmst mer! — Was für ungenug den Geget — von Haus und Hof und Grund! — Von Haus — und Hof — und Grund!“

Laumelnd schritt er seinem Ausgehng zu, nachdem die Braune einen Augenblick nachdenklich geblieben, hernach, wie von Fliegen beunruhigt, nachdenklich den Kopf geschüttelt hatte, folgte sie bedächtig mit dem Wägelchen nach.

Es war in der darauf folgenden dritten Nacht, der Mond schien in die Schlafstube, der junge Sternsteinhofer gähnte im Bette und die Bäuerin fragte aus dem ihren nach dem seinen hinüber: „Du Loni?“

„Was?“ murmelte er.

„Galt du die letzten Nächte her geschlafen?“

„Wie a Nap.“

„Galt nit gehört?“

„Keinen Laut. Was sollt ich denn?“

„War vielletzt nur a Einbildung von mir.“

„Wird schon sein.“

„Aber alleinig mir zu hören bestinnet.“

„Was is nur wieder a andere. Schlaf, tose nit anf, hest nit, Gute Nacht!“

„Gute Nacht, Loni.“

(Fortsetzung folgt.)

Polen.

Kassierung des deutsch-polnischen Amnestie-Vertrages. Der am 12. Februar d. Js. zwischen Deutschland und Polen geschlossene Amnestievertrag sieht eine Amnestie derjenigen Personen vor, die in Deutschland oder in Polen wegen politischer Verbrechen angeklagt sind oder sich in Haft befinden. Die Kassierung des Vertrages durch die polnischen Volksvertretungen steht bevor. Mit dem Austausch der Kassationsurkunden wird der Vertrag einseitig in Kraft treten. Die beiden Regierungen haben sich jedoch dahin verständigt, den Vertrag, soweit die Haftentlassung der in den Gefängnissen befindlichen Personen in Frage kommt, schon jetzt vor seinem Inkrafttreten auszuführen. So hat die polnische Regierung bereits 20 Deutsche vorläufig aus dem Gefängnis entlassen. Darunter befinden sich 19 Wessler aus Alt-Barnau, die sich unter der Anklage wegen Aufzählung gegen die Staatsgewalt bereits seit Juli v. Js. in Haft befinden. In Deutschland ist in der gleichen Weise verfahren worden. Es sind bis jetzt gegen 16 Polen freigelassen worden, von denen sich ein Teil seit mehr als einem Jahre in Haft befand. Die beiderseitigen Haftentlassungen werden fortgesetzt.

Übermäßige Erhöhung des Eisenbahntarifs. Die Eisenbahnverwaltung in Warschau wird gegenwärtig im Eisenbahnministerium ein neues Projekt über eine übermäßige Erhöhung des Eisenbahntarifs beraten. Die Erhöhung soll diesmal 300 Prozent der jetzigen Fahrpreise betragen, also das Dreifache.

Der Justizminister als Leutnant. Der Bromberger Straftäter hat sich der 27-jährige Fleischer Stanislaus Biskupski aus Schönborn wegen Betruges in Tateinheit mit Urkundenfälschung und Veruntreuung zu verantworten. Er hatte es verstanden, sich im August 1920 unter falschem Namen „Leutnant Armin v. Dredow“ als Offizier ins polnische Heer einzustellen und den Offizierslohn bezogen, trotzdem er am 8. Oktober 1919 von dem Schwurgericht in Grauberg wegen Raubes zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Außerdem hatte er auf dem Transport von Bromberg nach Posen aus einem verschlossenen Koffer sich eine sehr wertvolle Bogenbrille angeeignet. Das Urteil lautet gegen ihn auf fünf Jahre Zuchthaus und Ehrverlust für die gleiche Dauer.

Kleines Feuilleton.

Die ersten eisernen Schiffe. Der Übergang des Schiffbaus vom Holz zum Eisen ist ein so bedeutender Schritt für die Entwicklung des Seeverkehrs gewesen, daß es wohl lohnt, einmal auf seinen Ursprung zurückzugehen. Das erste eiserne Schiff war der „Richard Cobden“, der 1844 in Liverpool von Stapel gelassen wurde. Er fahrte nur 461 Tonnen und lief nur 10 Stunden in der Stunde. Inzwischen war er eine große Maschine, den er bestand ganz aus Eisen, einschließlich sämtlicher Teile der Steuerungsvorrichtung; der Kielgang war ziemlich bedeutend, aber der Schiffsrumpf besch

in Zinnen noch kein Schiffbau. Seine erste Fahrt machte der „Richard Cobden“ nach China, nicht aber geschätzte Leistungen, so daß er in Ost und West in Rio de Janeiro aufgegeben werden mußte. In allen Fällen, die das Schiff anließ, erregte es großes Aufsehen, da die meisten Leute nicht glauben wollten, daß ein eisernes Schiff überhaupt schwimmen könnte. Auf der zweiten Reise ging es von Ost nach West herum und Bombay und wurde und brachte dazu sieben Monate, was für die damalige Zeit als eine außerordentliche Leistung angesehen werden konnte. Damit war der Weg für die Schiffe eigentlich bereits eröffnet, obwohl erst im Jahre 1854 die Umkehrung nach Ostert See dauerte. Das erste eiserne Schiff ging 1853 zu Wasser; es maß 60 Meter in der Länge, 10 Meter in der Breite und 7 Meter in der Höhe, hatte drei Masten und war gleich seinem Vorgänger ein Segelschiff. Die erste Fahrt machte es von London über Bombay und Malakka nach Batavia und durch den Indischen Ozean der beiden letzten Ozean in 80 Tagen. Im Juni 1854 fuhr es von Batavia zurück, und zwar hatte man ihm eine sehr wertvolle Ladung von Eisenwerkzeugen von 300.000 Pfund in Gold anvertraut. Diese Ladung hatte während der Fahrt der Unruhe der See zu leiden, und das Schiff geriet in große Gefahr. Dafür sorgte man dabei aber Erfahrungen, die bis in den Bau der heutigen eisernen Schiffe als Maßstab betrachtet werden.

Das unerschöpfliche Rohmaterial. Im Nord mit der Gesellschaft der Eisenwerke von einer Eisen- und Stahlwerke. Daraus sind bereits mehrere Schiffbauwerke vorgeföhrt worden: Schwinnwerke, Schwinnwerke, Schwinnwerke, Schwinnwerke. Der erste Straßenstraßen aber seit Jahren nach einer Rekonstruktion der Straße, als der wichtigsten und breitesten Mittelstraße; denn noch immer gingen bei jedem Schiffbau durch Rändern der Straße, schon beim Herunterlassen, viel Menschenleben verloren. Die nun der „Borwick“ mittels. In es dem Ingenieur S. H. Schuttebau in Amsterdam gelungen, ein, wie er versichert, unerschöpfliches Rohmaterial zu konstruieren. Ein bereits von einigen Jahren zu Probegewerken gebautes Boot war durch Brand unbrauchbar geworden. Jetzt ist ein neues, noch verbessertes Boot fertig geworden. Es besteht aus normalem Holz, wasserfest und mit veredeltem Holz gebaut. Die Länge des Bootes beträgt 7,50 Meter, die größte Spannweite 2,50 Meter. Damit kann das Boot etwa 30 Personen fassen. Es hat ein Verdeck aus 4 Böden, die nach Bedarf geöffnet und geschlossen werden können. Die Fortbewegung geschieht mit 4 Riemern oder einem Segel. Die Boote können in jedem Zustand über Bord gelassen werden. Das Anbringen von Riffen verhindert das Mitführen von totem Gewicht, 8 Quittanten mit zusammen 24 englischen Kubikfuß Inhalt sorgen für die Unverwundbarkeit. Trinkwasser kann in 4 Tonnen mit 300 Liter Inhalt mitgeführt werden, auch können 300 Kilogramm Proviant mitgeführt werden.

Dieses neue Boot wird bereits zu Amsterdam, auf der Al. ausprobiert. Nunmehr sollte die große Probe auf offener See vorgenommen werden; das Boot soll von Amsterdam nach Rotterdam fahren. Obgleich die Probefahrt, waren der Gefährdung und dem Bootführer Mr. Gortens aus Amsterdam nicht zweifeln. In war die Brauchbarkeit des Modells erwiesen. Am 26. Januar ist es geschehen. Bei einem ziemlich steilen aus dem Meer zu West, bei hoher See, ging das

Boot vom Schlepser los. Es hat fast von Holland weg, behalten erzieht.

Kleine Nachrichten.

Ausweisung der Ausländer aus Warschau. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Warschau wurden sämtliche in Warschau weilenden Ausländer aufgefordert, binnen 14 Tagen die Stadt zu verlassen. Der Aufenthalt der Ausländer in anderen Städten Kongreßpolens wurde beschränkt.

Selbstmordversuch auf der Kutschbahn. Die Fleischerfrau Margarete Kämmer stand am Donnerstag vor der Amtsbergger Strafkammer unter der Beschuldigung, einer Gr. Hofmann, bei der sie als Putzfrau tätig war, wiederholt wertvolle Kleider entwendet zu haben, die sie, unter den Händen verdeckt, fortgeschafft haben soll. Die Diebstähle wurden ihr auch nachgewiesen. Die Kämmer auf ihre vielfachen Vorstrafen wurde die Angeklagte zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt. Als die Angeklagte dieses Urteil vernahm, zog sie eine Flasche mit Sulfid aus der Tasche und trank den Inhalt aus. Der herbeigekommene Gerichtsarzt ließ die Selbstmordtätin nach dem Gefängnis bringen, wo an ihr die zur Entfernung des Giftes notwendigen Eingriffe vorgenommen werden konnten.

Tapfere Personen ertranken. Heber den Untergang des Dampfers „Gongkong“, der sich auf der Reise nach Singapur befand, wird berichtet, daß dieser 1100 Chinesen an Bord hatte. Als das Schiff unterging, brach unter den Passagieren eine furchtbare Panik aus. Sie brangen mit Messern und Beilen aufeinander ein, um sich einen Platz im Boote zu erkämpfen. Von den mitreisenden Chinesen kamen ungefähr 1000 ums Leben, ebenso kam fast die gesamte Schiffbesatzung um. Einige Boote konnten trotz des Gemachs an Bord zu Wasser gelassen werden, schlugen aber infolge Ueberladung bei dem hohen Wellengang um. Der Kapitän, ein Engländer, ertrank, die anderen Offiziere, die nicht englischer Nationalität waren, wurden gerettet.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 24. Mai 1921.

Ort	gestern	heute	Ort	gestern	heute
Amst. II	+1,40	+1,30	Direchau	+1,58	+2,84
Berlin	+1,91	+1,75	Erlange	+2,12	+2,31
Thorn	+1,97	+1,64	Schwinnwerke	+2,30	—
Verden	+1,66	+1,59	Schmied D. P.	+2,46	+6,20
Wilm.	+1,79	+1,64	Salzenberg D. P.	+4,48	+4,37
Brandenburg	+1,69	+1,81	Neuhofenbrück	+2,08	+2,00
Karlsruhe	+2,00	+2,18	Waldsiedl.	—	—
Manitowoc	+1,47	—	Zumachs	+0,95	+1,13
Wiede	+1,46	+1,70			

Verantwortlich für Inhalt Dr. Wilhelm Bolge, für den Druck und die Unterhaltungsbeilage Dr. H. H. H. beide in Danzig; für die Intercode Bruno G. u. Co. in China Druck und Verlag von J. G. H. u. Co. Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Verordnung über den Verkehr mit Milch, Speisefetten und Käse.

Auf Grund des § 3 der Verordnung über den Verkehr mit Milch, Speisefetten und Käse des Wirtschaftsministers vom 14. 5. 21 wird hiermit für den Bezirk der Stadt Danzig folgendes verordnet:

- § 1. Der Handel mit Käse, Butter und sonstigen Speisefetten ist frei.
- § 2. a) Zum Milchhandel sind ohne weiteres berechtigt diejenigen Händler, die am 31. März 1921 mit Milch gehandelt haben. b) Sonstige Händler dürfen Handel mit Milch nur treiben, nachdem sie von dem Senat, Verwaltung der Stadt Danzig, eine diesbezügliche Erlaubnis erhalten haben. c) Die Erlaubnis zum Milchhandel kann den Händlern zu a) und b) aus wichtigen Gründen entzogen werden. Als wichtiger Grund gilt insbesondere die Nichtbefolgung der in dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften und Milchverfälschung.
- § 3. Vom 1. Juni ab sind milchkartenerberechtigt nur Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre (also bis zu 2 Jahren). Alle anderen milchkartenerberechtigten Personen werden auf den freien Handel verwiesen. Ihre Karten verlieren am 1. Juni ihre Gültigkeit. Regelung einer Krankentransportlieferung bleibt im Bedarfsfalle vorbehalten.
- § 4. Die nach § 3 Milchberechtigten haben sich unter Vorweisung der Karte in den zugelassenen Milchgeschäften als Kunden anzumelden. Die Milchgeschäfte haben eine Kundenliste mit laufend nummerierten zu führen und nach Eintragung des Milchkartenerberechtigten seine Karte abzustempeln und nach der Karte mit Nummer zu versehen. Die Milchgeschäfte dürfen nur so viel Milchberechtigten als Kunden annehmen, als sie auf Grund getätigter Verträge täglich unbedingt mit Milch versorgen können. Bis zu dieser Menge dürfen sie aber auch Kunden nicht zurückweisen. Die Kundenanmeldung hat bis zum 28. Mai zu erfolgen. Später sich anmeldende Kunden setzen sich der Gefahr einer Nichtbelieferung aus.
- § 5. Milchberechtigten dürfen sich nicht gleichzeitig in mehreren Milchgeschäften anmelden. Milchgeschäfte dürfen Kunden, die laut Abstempelung bereits in einem andern Milchgeschäft angemeldet sind, nur annehmen, wenn die Anmeldung durch einen Vermerk des Ernährungsamtes gestattet ist.
- § 6. Die Milchgeschäfte haben in erster Linie die eingetragenen milchberechtigten Kunden mit

Milch zu versorgen und dürfen an andere Personen Milch ohne Karte oder Bezugsscheine erst verkaufen, wenn sie entweder sämtliche milchberechtigten Kunden befriedigt oder die für diese benötigte Menge Milch sicherstellt haben. Die Milchgeschäfte können für Ausgabe der Karte Milch besonders Verkaufsstellen festlegen. Tun sie dies nicht, so sind die Kartenberechtigten stets bevorzugt von sämtlichen sonstigen Käufern zu beliefern.

§ 7. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr, mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft und können auch durch Schließung des Geschäftes gesühnt werden. Danzig, den 20. Mai 1921. Der Senat. (4367) Verwaltung der Stadt Danzig.

Milchkarten-Ausgabe.

Nachdem die Zwangswirtschaft mit Milch mit Wirkung vom 1. Juni zum größten Teil aufgehoben ist, ist die Ausgabe neuer Milchkarten außer an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre überflüssig geworden. Die durch die gelben Plakate bezeichneten Ausgabestellen haben daher Anweisung erhalten, von Montag, den 23. Mai ab nur noch neue Säuglings- und K-Karten herauszugeben. Danzig, den 20. Mai 1921. Der Senat. (4365) Verwaltung der Stadt Danzig.

Krankenernährung.

Vom 1. Juni ab werden durch das Ernährungsamt nur noch Brotzettel für Schwangere Frauen, sowie Ortes für Kinder in der bisher üblichen Weise ausgegeben. Sämtliche sonstige bisher gewährten Zettel, auch Milchkarten für Kranke, können von gewöhnlichen Tagen ab in Kraft sein. Die Einreichung diesbezüglicher Zettel erbringt sich daher. Danzig, den 20. Mai 1921. Der Senat. (4366) Verwaltung der Stadt Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Robert Schaper. Dienstag, den 24. Mai 1921, abends 7 Uhr. Donnerstags E 2. Letzte Vorstellung im Abonnement E. **Monalisa** Oper in 2 Akten. Musik von Max Schillings. In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brückner. Musikalische Leitung: Otto Selberg. Inszenierung: Otto Jstreich. Personen wie bekannt. Ende 9 1/2 Uhr. Mittwoch, abends 7 Uhr. Der liebe Augustin. Operette.

Neues Operetten Theater

(früher Wilhelm-Theater.) Tel. 4092. Tel. 4092. Resor u. Direktor Paul Ransmann. Konst. Leitung: Dir. Sigmund Kunstädt. Heute Dienstag, den 24. Mai Anfang 7.30 Uhr Anfang Ehrenabend für Herrn Charlie Brock Zum 1. Male. Die Scheidungsreise Vanderville in 3 Akten von Leo Walter Stein. Musik von Hugo Hirsch. Morges Mittwoch, den 25. Mai Die Scheidungsreise Vorverkauf findet tägl. v. 10—4 Uhr nur im Deuma-Haus Langgasse 69/70 statt. Nach Schluß der Vorstellung: Fahrverbindungen nach allen Richtungen. In den Parterre-Räumen: Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

MODERNE KUNST LICHTSPIELE LANGFUHR AM MARKT

Heute! Nur bis Donnerstag VI. und letzter Teil **Der Mann ohne Namen** Der Sprung über den Schaffen **Albert Bassermann** in seinem Monumentalwerk **Die Nächte des Cornelis Brouwer** Neueste Moden- und Modenschau Ein unbedingt sehenswertes Programm. (4361)

Klein's Tabake betriebligen in Qualität und Preis. Bezugsquellen durch: **Klein's Tabakfabriken** a. H.-O. Schifferstadt (Rhein. 5141-1920)

GARBÁTY CIGARETTEN Königin von Saba 30 Pf. Akt 25 Pf. die neuen Qualitätsmarken!



Infolge Umbau verkaufe zu staunend billigen Preisen **Damen- und Herren-Fahrräder** Zubehör u. Ersatzteile, Ersatz und Säcke, nur beste Friedensausführung. (4360) **Reparaturen** schnell, sachgemäß u. billig. Großhandlung **L. Fenslau & Co.** Danzig, Peterstr. 111/112. Tel. 1112. **Nähmaschinenreparaturen** rasch u. billig. **Bernstein u. Comp.** Langgasse 50. (4070)